

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE

Hebammenzentrum schnell realisieren und Bremerhaven mitdenken

Die geburtshilfliche Versorgung in Bremen und Bremerhaven steuert auf schwierige Zeiten zu. Wie das Gesundheitsberufe-Monitoring und eine Befragung von freiberuflichen Hebammen durch Wissenschaftler*innen des SOCIUM der Universität Bremen im letzten Jahr ergeben haben, wird in den kommenden zehn bis 15 Jahren mehr als die Hälfte der freiberuflich tätigen Hebammen im Land Bremen altersbedingt in den Ruhestand gehen. Bereits jetzt gibt es im ambulanten Bereich Versorgungsengpässe in einigen Bremer Stadtteilen und in Bremerhaven. In der Seestadt wohnen laut GKV-Verzeichnis deutlich weniger freiberufliche Hebammen im Verhältnis zur Geburtenzahl als in der Stadt Bremen.

Auch aus Sicht der Hebammen selbst, hat sich die Versorgungssituation in den letzten Jahren verschlechtert. Dieses Ergebnis lieferte die Befragung der freiberuflich tätigen Kolleginnen durch das SOCIUM. Dort gaben 73 Prozent der Befragten an, dass sie mindestens einmal pro Woche eine Betreuungsanfrage ablehnen müssen, 27 Prozent tun dies fast täglich. Einen besonderen regionalen Bedarf aufgrund mangelnder Versorgung benennen die Hebammen für Gröpelingen und für Frauen mit Migrationshintergrund aufgrund von Sprachbarrieren. Die SOCIUM-Studie ergab auch, dass 31 Prozent der Frauen nach ihrer Entbindung und Entlassung aus der Klinik keine Hebammenhilfe erhalten haben.

Um Schwangere und Wöchnerinnen dennoch angemessen versorgen zu können, wurde der Bremer Senat auf Beschluss der Bürgerschaft im Dezember 2017 aufgefordert, ein Konzept zur besseren Vermittlung von Hebammen zu erarbeiten. Dieses Konzept sieht vor, dass schwangeren Frauen mit Hilfe einer Vermittlungsstelle zumindest die Suche nach einer verfügbaren Hebamme erleichtert werden soll. Neben einer mehrsprachigen Internetplattform und einer telefonischen Sprechstunde, sollen neue Versorgungsformen in den Stadtteilen durch Hebammenzentren aufgebaut werden. In einem solchen quartiersnahen Zentrum könnten mehrere Hebammen im Team tätig sein, wodurch größere Vertretungs- und Entlastungsmöglichkeiten entstehen würden. Besonders für unterversorgte Stadtteile wäre ein solches Angebot dringend notwendig.

Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung mit einem spürbaren Mangel an Hebammen in der Geburtshilfe und aufgrund dessen schließenden Geburtsstationen im Umland, wie jetzt in Nordenham und einem ansteigenden Versorgungsproblem in der vor- und nachgeburtlichen ambulanten Betreuung durch Hebammen, ist bei der Verbesserung der Situation höchste Eile geboten.

Um ein Hebammenzentrum möglichst noch in diesem Jahr realisieren zu können und um unnötige Verzögerungen zu vermeiden, bedarf es zunächst der umgehenden Bereitstellung und Ausschreibung einer Koordinationsstelle, um die planerischen und konzeptionellen Voraussetzungen zu erarbeiten, notwendige Gespräche mit etwaigen Kooperationspartnern und mit den Krankenkassen zu führen.

Auch Bremerhaven muss bei der Planung und Umsetzung von Hebammenzentren von Beginn an mitgedacht werden. Hier bedarf es zunächst jedoch einer stärkeren Unterstützung beim Aufbau von Vernetzungsstrukturen zwischen den dort tätigen Hebammen, da ein Hebammenzentrum nicht zuletzt von der Beteiligung und Bereitschaft der nötigen Fachkräfte getragen wird. Perspektivisch sollte auch in Bremerhaven ein Hebammenzentrum errichtet werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. Die Einrichtung eines ersten Hebammenzentrums im Land Bremen noch in diesem Jahr sicherzustellen und eine dafür notwendige Personalstelle für die Projektleitung, Koordinierung und Vernetzung kurzfristig zur Verfügung zu stellen.
2. In Bremerhaven zusammen mit den zuständigen Stellen im Magistrat den Aufbau von Vernetzungs- und Koordinationsstrukturen der dort tätigen Hebammen zu unterstützen, um perspektivisch auch dort ein Hebammenzentrum aufzubauen.

Claudia Bernhard, Peter Erlanson, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE